

In Kürze

ARBEITSRECHT Nationalrat will Flexibilisierung

Der Bundesrat muss aufzeigen, wie das Arbeitsrecht mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit modernisiert werden könnte. Dabei soll es auch um die Arbeitszeiterfassung gehen. Der Nationalrat hat ein Postulat von SVP-Nationalrätin Verena Herzog (TG) angenommen. Das Arbeitsrecht sei heute ein Flickwerk, es gebe mehr Ausnahmen als Regeln, argumentierte sie. Der Bundesrat stellte sich gegen den Vorstoss. Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann sagte, die Schweiz habe im internationalen Vergleich ein flexibles Arbeitsgesetz und deshalb eine tiefe Arbeitslosigkeit. Solange es gelinge, den Marktentwicklungen zu folgen, sollte auf ein neues Gesetz verzichtet werden. Wichtig sei die Sozialpartnerschaft. *sda*

SCHWARZARBEIT Verdachtsfälle nehmen zu

In der Schweiz haben die Verdachtsfälle auf Schwarzarbeit zugenommen. Im Sozialversicherungsrecht nahmen die Verdachtsfälle auf Schwarzarbeit um 12 Prozent auf 6477 zu. Im Ausländerrecht stieg die Anzahl der Verdachtsmomente um 13,5 Prozent auf 4875. Im Quellensteuerrecht wurden 3746 Verdachtsmeldungen verzeichnet, 9 Prozent mehr als im Vorjahr. *sda*

LABOR SPIEZ Atombehörde setzt auf Spiez' Expertise

Das Labor Spiez im Bundesamt für Bevölkerungsschutz Babs hat per Januar 2017 die Designierung als Collaborating Centre der Internationalen Atomenergie-Organisation IAEA erhalten. Die Zusammenarbeit konzentriert sich auf die Entwicklung von Analyseverfahren zur Untersuchung von radioaktiven Substanzen in Umweltproben. *pd*

PARLAMENT Halalfleisch muss deklariert werden

Halalfleisch soll im Verkauf als solches deklariert werden müssen. Zudem soll der Import verteuert werden. Das hat nach dem Nationalrat gestern auch der Ständerat beschlossen. Die rituelle Schlachtung ohne Betäubung ist in der Schweiz verboten, das Fleisch darf aber importiert werden. *sda*

SPORTANLÄSSE Fans dürfen Anreise selber organisieren

Sportfans sollen nicht per Gesetz dazu gezwungen werden, in für sie vorgesehenen Zügen oder Bussen an Spiele zu fahren. Das beschloss der Ständerat. Er folgte dem Nationalrat, der das Geschäft schon zuvor abgeschlossen hatte. *sda*

LANDWIRTSCHAFT Nationalrat gegen Qualitätsbeiträge

Der Nationalrat will die Beiträge für Landschaftsqualitätsprojekte streichen. Damit werden Kulturlandschaften wie Wytweiden, Wildheufelder und Terrassenlandschaften gefördert. SVP-Nationalrat Hansjörg Knecht (AG) forderte per Motion, die für Landschaftsqualitätsprojekte vorgesehenen Mittel sollten zur produzierenden Landwirtschaft umgelenkt werden. *sda*

REGIERUNG NACH BURKHALTERS RÜCKTRITT

Biegt der Bundesrat nun nach rechts

Seit eineinhalb Jahren verfügen SVP und FDP im Bundesrat über vier Sitze. Trotzdem fällt das Gremium regelmässig Entscheide, die den beiden Parteien nicht passen – von der Rentenreform bis zur «Lohnpolizei». Hört das nach dem Rücktritt von Didier Burkhalter auf?

Das Klagegedie über den «Mitte-links-Bundesrat» gehörte rechts der Mitte jahrelang zum Standardrepertoire. Doch dann wurde Anfang 2016 Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) durch Guy Parmelin (SVP) ersetzt, womit SVP und FDP fortan mit je zwei Sitzen über die erhoffte Mehrheit in der Landesregierung verfügten.

Und doch ist das Klagegedie heute immer noch zu hören. Denn tatsächlich fällt der Bundesrat gelegentlich Entscheide, die schwer nachvollziehbar sind angesichts der Tatsache, dass SVP und FDP am Drücker sind. Prominentestes Beispiel ist die Rentenreform, die am 24. September an die Urne kommt. Die SVP-FDP-Mehrheit im Bundesrat liess zu, dass Sozialminister Alain Berset (SP) den Kurs verliess und mit voller Kraft den Plan des SP-CVP-Lagers unterstützte.

Auch finanzpolitisch fährt der Bundesrat einen mildereren Kurs als der Nationalrat, obwohl hier wie dort SVP und FDP den Ton angeben. Zum Beispiel arbeitet der Bundesrat seit Monaten auf eine Lockerung der strengen Regeln der Schuldenbremse hin, was SVP und FDP ultimativ ab-

lehnen. Und wie ist erklärbar, dass ein rechtsbürgerlich dominiertes Gremium eine Aktienrechtsrevision verabschiedet, die privaten Unternehmen nebst Frauenquoten («Geschlechterrichtwerten») auch gleich noch externe Lohnkontrollen aufzwingen will?

Burkhalter, der Verdächtige

In diesen und anderen Fällen war der Hauptverdächtige jeweils rasch gefunden: Didier Burkhalter. Der Neuenburger geniesst vor allem in der SVP, teilweise aber auch in der FDP den Ruf eines linksliberalen Etatisten. Das wirkt unweigerlich die Frage auf, was nach seinem Abgang Ende Oktober passieren wird. Den Strategen der SP und der Grünen schwant jedenfalls nichts Gutes. Sie huldigten Burkhalter am Mittwoch nach Bekanntwerden seines baldigen Rücktritts derart überschwänglich, dass dessen eigene Partei kaum mithalten konnte. Die SP betrauerte den Verlust eines «würdigen Aussenministers», und Grüne-Präsidentin Regula Rytz vermisst den «Humanisten» und «Verteidiger der demokratischen Institutio-



Er gibt die Richtung nicht mehr vor: Didier Burkhalter – hier auf dem «Bundesratsreisli» 2016 in seine Heimat – tritt Ende

nen» jetzt schon, wie sie auf Twitter bekundete. Die Linke – darf man schliessen – weiss, was sie mit Burkhalter verliert.

Im Vergleich dazu fällt es Burkhalters Parteifreunden zum Teil

schwerer, den Rücktritt glaubwürdig zu bedauern. Zwar fällt kein böses Wort, öffentlich schon gar nicht. Aber dass es in der Vergangenheit zwischen Burkhalter und der Parteispitze Irritationen gab, ist ein offenes Geheimnis.

SVP wittert Morgenluft

Interessanter ist aber der Blick nach vorn: Wird die FDP bei der bevorstehenden Kandidatenkür stärker darauf achten, dieses Mal einen «linientreuen» Vertreter zu nominieren?

Während sich FDP-Parlamentarier zurückhalten, äussern sich ihre Kollegen von der SVP umso klarer. Hier wittern viele Morgenluft. Verlangt wird eine «echt bürgerliche» Kandidatur. SVP-Präsident Albert Rösti hält sich im Gespräch in der Wandelhalle zuerst noch zurück: Er wolle weder «gehabte Differenzen mit einem abtretenden Bundesrat» hervorheben noch der FDP vorgehen. Auf Nachfrage tut er es dann doch: «Wir erwarten, dass die FDP jemanden nominiert, der die bürgerlichen Werte hochhält, die die Schweiz zu Wohlstand gebracht haben.» Darunter versteht er etwa einen schlanken Staat,

einen liberalen Arbeitsmarkt und «vor allem» die Unabhängigkeit von der EU, «ohne fremde Richter und automatische Rechtsanpassung». Rösti hält fest, die FDP sei hier nicht immer geschlossen.

SP und Grüne trauern besonders wortreich um Didier Burkhalter. Sie werden wissen, was sie mit ihm verlieren.

«Die Bundesratswahl kann eine Klärung bewirken, die auch der bürgerlichen Zusammenarbeit im Parlament zugutekommt.»

FDP-Vertreter hingegen hüten sich vor solchen Aussagen. Auch die Exponenten einer pointiert wirtschaftsliberalen Linie innerhalb der FDP halten sich zurück. So sagt Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Gewerbeverbands und Nationalrat, es stimme zwar, dass der Bundesrat gewisse Entschei-

SO LÄUFT DIE FDP-KANDIDATENKÜR

Burkhalters Erbe ist reserviert für die lateinische Schweiz

Wer am 1. November für die FDP als Nachfolger des jetzigen Aussenministers Didier Burkhalter portiert werden will, muss die lateinische Schweiz vertreten. An diesem zentralen Auswahlkriterium der freisinnigen Mutterpartei liessen Präsidentin Petra Güssi (SZ) und ihr Vize Christian Lüscher (GE) gestern keinen Zweifel. **Deutschschweizer Kandidaturen kommen damit – zumindest für die Parteispitze – nicht infrage.** Das mag erklären, weshalb sich Ständerätin Karin Keller-Sutter (SG) und Ständerat Andrea Caroni (AR) gestern schon selbst aus dem Rennen nahmen. Allenfalls genügt der FDP aber auch ein «starker Bezug» zur Romandie oder zum Tessin, liess Güssi ein Hintertürchen offen. Da die FDP

in der Romandie sehr erfolgreich sei, sei deren Vertretung im Bundesrat «nur logisch», begründete Lüscher die geografische Begrenzung der Kandidatenkür. Der zweite Grund: Seit Einführung der Zauberformel 1959 hatte der Freisinn stets ein sprachlich gemischtes Doppel in der Landesregierung. Daran will die Partei festhalten. **Sie geht davon aus, dass ihr Anspruch auf zwei Sitze als drittstärkste Partei unbestritten ist.**

Als weitere Auswahlkriterien nannte Güssi einen politischen Leistungsausweis, der nicht zwingend ein nationales Mandat beinhalten müsse, Mobilisierungspotenzial nach innen und aussen, Glaubwürdigkeit, Durchsetzungskraft und Stehvermögen sowie einen ein-

wandfreien Leumund. Explizit verlangt wird zudem «die Bereitschaft, mit Partei und Fraktion zusammenzuarbeiten» – **offenbar ist das beim Freisinn inzwischen keine Selbstverständlichkeit mehr.**

Auf eine Findungskommission verzichtet die FDP. Vielmehr können nun die Kantonssektionen bis zum 11. August ihre Vorschläge einreichen. Der Parteivorstand analysiert dann laut FDP-Fahrplan die Kandidaturen, ehe die Bundeshausfraktion am 1. September die Auswahl vornimmt. Diese entscheidet schliesslich auch darüber, ob sie dem Parlament ein Einerticket oder eine Auswahl präsentiert. **Die Bundesratswahl findet in der zweiten Woche der Herbstsession am 20. September statt.** *pem*

Wie die SBB an Mobilitätsdaten kommen

PILOTPROJEKT Ein E-Bike, ein Carsharing-Abo und ein GA: Die SBB lassen 300 Personen ein Kombiangebot testen. Sie wollen herausfinden, wann diese Personen wie welches Verkehrsmittel nutzen.

Die SBB lancieren heute ihr Forschungsprojekt «SBB Green Class E-Bike» zusammen mit Stromer und M-Way. Begleitet wird das Projekt von der ETH Zürich. Während des einjährigen Markttests sollen Informationen zum Mobilitätsverhalten der 300 Testpersonen aus der ganzen Schweiz gesammelt werden. Bis zum 30. Juni können sich Interessierte bei den SBB melden und sich ab September 2017 als Testperson für das umweltfreundliche Kombiangebot zur Verfügung stellen.

Mitmachen ist nicht gratis: Die ausgewählten Personen zahlen



E-Bikes für 300 Testpersonen: SBB-Chef Andreas Meyer und Velounternehmer Thomas Binggeli bilden ein Tandem.

Christian Pfander

entweder 8980 oder 6750 Franken. Sie erhalten dafür ein 1.-Klasse-GA beziehungsweise ein 2.-Klasse-GA und jeweils ein

E-Bike, ein Mobility-Carsharing-Abo sowie Zusatzleistungen. Falls es zu einer Panne kommt und zum Beispiel die Sensoren

des E-Bikes aussteigen, sorgt M-Way für die Reparatur.

«In Asien ist die kombinierte und geteilte Mobilität bereits Realität.» Das Velo auf der letzten Meile sei dort Trend, sagt Stromer-Gründer Thomas Binggeli. Mit dem Projekt probieren die SBB in der Schweiz etwas Neues aus: «Wir wollen die Mobilität der Zukunft neu gestalten», bewirbt SBB-Chef Andreas Meyer das Pilotprojekt. Es ist eine etwas günstigere, erweiterte Variante des vorherigen Markttests: Letztes Jahr konnten 150 Personen für 12.200 Franken mitmachen und anstelle des Mobility-Carsharing-Abos ein Elektroauto BMWi3 sowie ein 1.-Klasse-GA benutzen.

Was bewegt uns wie?

Die Pilotkunden zeichnen während des Projekts ihr Mobilitätsverhalten mit einer Tracking-

App auf. Dazu gehören unter anderem tägliche Bewegungsprofile, Aufenthaltsorte und Nutzungsdaten der jeweiligen Verkehrsmittel. Zudem werden sie regelmässig zu ihren Erfahrungen befragt.

Die Messwerte sollen Aufschluss darüber geben, wie Kunden ihr Verhalten ändern, wenn sie verschiedene Mobilitätsmöglichkeiten haben. «Wir wollen verstehen, warum sich Leute für ein Fahrzeug entscheiden», erklärt ETH-Professor Kay Axhausen. Auf die Frage, wo die gesammelten Daten wieder einfließen und ob sie in anderen Geschäftsbereichen angewendet werden, versichert Meyer: «Die Daten bleiben ausschliesslich im Projekt und werden nicht weiterverwendet.» Im ersten halben Jahr 2018 werden die Studienergebnisse veröffentlicht.

Melanie Engler